



Grafik: imu-Infografik, Quelle: Destatis

Aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zeigen, dass die Realität und die Pläne der Bundesregierung weit auseinander liegen. Denn das durchschnittliche Ruhestandseintrittsalter von Arbeitnehmern in Deutschland liegt bei 58 Jahren. Basis für die Statistik sind alle Arbeitnehmer, die sich Ende 2009 im Ruhestand befanden.

Anhebung der Regelaltersgrenze

Im Jahr 2012 soll mit der schrittweisen Einführung der Rente mit 67 begonnen werden. Hier eine Übersicht der Auswirkungen:

Geburtsjahr	Anhebung um Monate	Renteneintrittsalter	
		Jahre	Monate
1947	1	65	1
1948	2	65	2
1949	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10
1964	24	67	0

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Studie belegt Untauglichkeit der Maßnahme

Ein-Euro-Jobs aussetzen!

Der SoVD fordert ein Sofort-Moratorium zur Aussetzung der Ein-Euro-Jobs. Eine Studie des Bundesrechnungshofes belegt, wie untauglich sie im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit sind.

Mit dem Ergebnis der Studie wird einmal mehr der Sinn der Maßnahme infrage gestellt, denn die Chancen von Hartz-IV-Empfängern auf einen existenzsichernden Arbeitsplatz sinken durch Ein-Euro-Jobs eher, als dass sie steigen. „Kurzfristige Vermittlungserfolge sollen den Menschen Sand in die Augen streuen und die Arbeitsmarktzahlen frisieren“, kritisierte SoVD-Präsident Adolf Bauer. Währenddessen seien die Betroffenen in einer Billiglohnfalle gefangen, aus der sie keinen Ausweg fänden. Daher sollte nach Meinung des SoVD die Bundesregierung jetzt konsequent handeln und diesem Missstand endlich einen Riegel vorschieben: Ziel der Arbeitsmarktpolitik müsste es sein, die bestehenden Instrumente zur Eingliederung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker auszubauen.

Wegweiser Demenz – Internetportal bietet Hilfe

Rund 1,3 Millionen Menschen in Deutschland sind an Demenz erkrankt, zwei Drittel von ihnen werden durch Angehörige gepflegt. Anlässlich des Welt-Alzheimer-tages hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, das Internetportal „Wegweiser Demenz“ freigeschaltet. Es bietet erstmals ein umfassendes Informations- und Unterstützungsangebot für Demenzkranke und ihre Angehörigen.

„Menschen mit Demenz brauchen besondere Zuwendung. Wir müssen den Erkrankten eine Stimme geben, pflegende Angehörige unterstützen und Ehrenamtliche in ihrem Engagement bestärken“, betonte Bundesfamilienministerin Schröder. Unter www.wegweiser-demenz.de finden Betroffene und Angehörige unter anderem Informationen zu Therapie-, Pflege- und Hilfsangeboten, zu gesetzlichen Leistungen und zu Rechten und Pflichten von Demenzkranken und ihren Angehörigen.

Bundesregierung hält an Anhebung der Altersgrenze fest

Rente mit 67: Ein Irrweg zu mehr Vorruhestands- und Altersarmut

Laut Bundesregierung zeigt der im November erschienene Rentenprüfbericht, dass die Rente mit 67 bestehen bleiben kann. Der SoVD kritisiert die Beschönigung der Realitäten am Arbeitsmarkt und bekräftigt, dass die Rente mit 67 nicht vertretbar bleibt und nicht gestartet werden darf.

2007 beschloss die damalige Bundesregierung, dass ab 2012 die Altersgrenze für die Regelaltersrente schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird (siehe Tabelle links). Allerdings wurde beginnend mit 2010 alle vier Jahre eine Prüfung der Beschäftigungssituation Älterer vorgeschrieben. Diese Prüfberichte sollen eine Einschätzung ermöglichen, ob die Rente mit 67 bestehen bleiben kann. Im nunmehr ersten Bericht kommt das Bundessozialministerium zu dem Schluss, dass die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters vertretbar sei. Kritiker schätzen die Lage weniger positiv ein.

Der SoVD hielt die Rente mit 67 von Anfang an für realitätsfremd. Daran ändere auch die Schönfärberei des Berichtes nichts, bekräftigt SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer Pressemitteilung. „Nach wie vor gibt die miserable Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer keinen Anlass für ein erhöhtes Renteneintrittsalter“, so Bauer. Zahlen des Statistischen Bun-

desamtes belegen, dass Arbeitnehmer in Deutschland durchschnittlich mit 58 Jahren in Rente gehen. Hinzu kommt, dass in vielen Fällen eine Lücke zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt besteht – beispielsweise durch Arbeitslosigkeit. „Die Anhebung des Renteneintrittsaltes auf 67 verstärkt die Entwicklung zu mehr Vorruhestands- und Altersarmut“, warnt der SoVD-Präsident. Ältere Bürger Deutschlands sind bereits heute einem Armutsrisiko von rund 15 Prozent ausgesetzt.

Zahlen bereinigen

Dass die Situation älterer Arbeitnehmer im Rentenbericht als Erfolg gewertet wird, liegt auch an der Art der Berechnung. So sind in den gelobten Beschäftigungszahlen Älterer auch diejenigen enthalten, die sich in der Phase der Alters- teilzeit be-

finden, also nicht mehr arbeiten. Auch wird vernachlässigt, dass rund eine Million der über 55-Jährigen in geringfügiger oder Teilzeitarbeit beschäftigt ist (wir berichteten mehrfach).

Geisterfahrt beenden

Neben den Erfolgsmeldungen ist im Bericht aber auch zu lesen: „Die Arbeitsplätze müssen in Zukunft stärker als bislang an die Möglichkeiten und Bedürfnisse aller Altersgruppen angepasst werden. Erforderlich ist ein Mix von Maßnahmen: Eine nachhaltige Personalpolitik, betriebliche Gesundheitsförderung, die stärkere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie lebenslange Qualifizierung und Weiterbildung.“ Dies macht deutlich, dass all diese Maßnahmen noch umgesetzt werden müssen.

Dennoch geht die Bundesregierung den umgekehrten Weg und hebt das Rentenalter an, bevor die Voraussetzungen Realität sind. Der SoVD fordert die Bundesregierung daher auf, ihre sozialpolitische Geisterfahrt zu beenden und die Rente mit 67 abzuschaffen. *cm*



Foto:womue/fotolia

Die heute 46-Jährigen sind die ersten, für die im Jahr 2029 die neue Altersgrenze von 67 gilt.

Studie befragt Mediziner und Patienten

Verzichten Ärzte aus Kostengründen auf notwendige Behandlungen?

Eine gemeinsame Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach und des Finanzdienstleisters MLP belegt Presseberichten zufolge, dass mehr als die Hälfte der Mediziner in Deutschland wegen zu hoher Kosten bereits auf notwendige Therapien verzichtet haben. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung: Vor allem gesetzlich Krankenversicherte fühlen sich beim Arztbesuch benachteiligt.

Die Ergebnisse zur Untersuchung der Gesundheitsversorgung in Deutschland sind erschreckend. So sollen 55 Prozent der Mediziner wegen zu hoher Kosten schon einmal von einer notwendigen Behandlung oder angebrachten Therapie abgesehen haben. Medienberichten zufolge seien für eine entsprechende Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach und des Finanzdienstleisters MLP bundesweit 524 Ärzte befragt worden. Demnach sei bei zwölf Prozent der Mediziner eine Behandlung nach Kassenlage schon häufig vorgekommen, während allein 42 Prozent ein solches Verhalten für sich ausschließen konnten.

Auch die Sicht der Patienten selbst spielte bei der Untersuchung eine Rolle. Der Studie zufolge hatten von 1800 befragten Bürgern insgesamt 35 Prozent den Eindruck, dass es bestimmte Einschränkungen bei ihren Behandlungen gab. So gaben sie an, dass sie beim Arztbesuch schon das Gefühl hatten, ihnen würden Medikamente oder Behandlungen aus Kostengründen vorenthalten. Ein deutlicher Unterschied wurde hin-

sichtlich der Versicherungsart deutlich: Während nur neun Prozent der privat versicherten Patienten entsprechende Erlebnisse bestätigten, war diese Zahl bei den gesetzlich Krankenversicherten mit 38 Prozent mehr als vier mal so hoch.

Die Studie scheint Befürchtungen des SoVD hinsichtlich einer Fehlentwicklung des Gesundheitssystems zu bestätigen. Patienten haben jedoch weiterhin das Anrecht auf eine angemessene Behandlung, die ihre notwendige Versorgung sicherstellt.



Foto: BildPix.de/fotolia

Behandlung mit Blick auf die Kosten? Das ist unter Medizinern in Deutschland noch die Ausnahme – viele gesetzlich Versicherte haben jedoch das Gefühl, dass ihnen notwendige Behandlungen vorenthalten werden.